

Zürich

Backpacker-Steuer

Arbeitende Rucksacktouristen zahlen in Australien neu 15 Prozent Steuern. Das hat die Regierung gestern beschlossen. **SEITE 28**

Glanzresultat

Bei der Stichwahl für das Amt des Stadtpräsidenten von Bern hat Alec von Graffenried gute Chancen, zu gewinnen. **SEITE 19**



16 Millionen für eine Lagerhalle

KANTONS RAT Für die Asbestsanierung und den Ausbau der Lagerhalle des Opernhauses in Oerlikon hat der Kantonsrat eine Subvention von höchstens 16 Millionen Franken bewilligt.

Das Opernhaus Zürich hat beim Kantonsrat Kredit: Einstimmig bewilligte er gestern eine Subvention von 16 Millionen Franken zur Sanierung und Erweiterung der Lagerhalle Kügeliloo. Die Opernhaus Zürich AG steuert weitere 12,5 Millionen Franken an das Vorhaben bei. Die veranschlagten Gesamtkosten belaufen sich somit auf 28,5 Millionen Franken.

Der Grund für die hohen Kosten: Die über 50 Jahre alte Halle in Zürich-Oerlikon benötigt eine Asbestsanierung. Das Sheddach wurde einst mit Spritzasbest behandelt. Nun ist das Dach baufäl-

lig, und der giftige Baustoff muss aufwendig entsorgt werden. Sollte Asbest freigesetzt werden, könnte dies zur Schliessung der Halle führen, was den ganzen Opernhaus-Betrieb lahmlegen würde, wie Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) sagte.

«Ohne jeglichen Luxus»

Die Bühnenbilder der jährlich rund 250 Aufführungen des Opernhauses werden in der Kügeliloo-Halle gelagert. Sie gehört seit dem Jahr 2000 dem Opernhaus, in dessen Stammhaus Lagerräume fehlen. Der Regie-

rungsrat liess das anstehende Projekt durch externe Fachleute beurteilen. Fazit: Eine Sanierung mit Erweiterung der Halle wäre die wirtschaftlichste Lösung. «Es handelt sich um ein aufs Nötige beschränktes Projekt ohne jeglichen Luxus», hält der Regierungsrat in seinem Antrag fest. Gleichzeitig werde die Lagerkapazität verdoppelt. Vor der Asbestsanierung wird die Halle um 3,5 Meter erhöht und mit einem neuen Flachdach versehen. Unter dem alten Dach wird so dann ein neuer Boden eingelegt, sodass es bei Unterdruck ausgebaut werden kann, ohne dass Asbest nach aussen dringt.

Das Vorhaben stiess bei keiner Partei auf Widerstand, auch wenn

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) meinte: «Auf den ersten Blick tut es weh: 16 Millionen Franken für eine Lagerhalle in Zeiten umkämpfter Kulturbudgets.» Mit jährlich 80 Millionen Franken Subventionen ist das Opernhaus Zürich ohnehin schon das Zürcher Kulturhaus mit den höchsten Staatsbeiträgen.

Debatte um Solaranlage

Widerstand rief jedoch ein Antrag von Grünen, GLP, EVP und AL hervor: Sie wollten eine zusätzliche Million Franken für den Bau einer Fotovoltaikanlage auf dem neuen, 7000 Quadratmeter grossen Flachdach der Kügeliloo-Halle genehmigen. «Der Weg in Richtung Energiewende braucht

mehr Mut und Unternehmerrgeist», sagte Karin Fehr (Grüne, Uster). Die Regierung fand aber, es sei nicht Sache des Kantons, in die Energieproduktion auf einem Gebäude zu investieren, das ihm nicht gehöre. Vielmehr wäre es Sache der Opernhaus AG, die unbestrittenerweise erwünschte Sonnenenergieanlage zu bauen. Abklärungen hätten ergeben, dass diese sich wirtschaftlich betreiben liesse.

Die Kantonsratsmehrheit folgte auch in diesem Punkt der Regierung. Die Bauarbeiten sind von Juli 2017 bis Sommer 2019 geplant. Um den Opernbetrieb aufrechtzuerhalten, sollen während der Bauzeit Lagerräume angemietet werden. *Matthias Scharrer*

KULTURFÖRDERUNG

Befristetes Modell

Die Kulturförderung im Kanton Zürich ist im Umbruch: Auf Beschluss des Kantonsrats werden seit dem Jahr 2016 die meisten subventionierten Kulturbetriebe aus dem Lotteriefonds unterstützt. Das neue Modell ist vorerst bis 2021 befristet.

Nun erfragten Kantonsräte der SP beim Regierungsrat, wie es nach 2021 weitergehen soll – und wie der Kanton Zürich punkto Kulturförderung ver-glichen mit anderen Kantonen dasteht.

Zur Frage, wie es weitergeht, hat der Kanton Zürich eine Studie in Auftrag gegeben, die demnächst vorliegen soll. Es sei vorgesehen, dass sie in die Erarbeitung eines neuen Lotteriefonds-Gesetzes einfließen werde, sagte Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) gestern im Kantonsrat.

Insgesamt gibt der Kanton Zürich pro Jahr 178 Millionen Franken für die Kulturförderung aus. Das entspricht einem Anteil von 1,45 Prozent an den Staatsausgaben. Damit rangiert Zürich im interkantonalen Vergleich auf dem fünften Platz – gemessen am Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt jedoch auf dem siebten. «Das ist ernüchternd», wurde dieser Umstand von Andrew Katumba (SP) kommentiert, während Rico Brazerol (BDP) sagte, er sei gespannt auf weiteres Sparpotenzial.

Beim Spitzenreiter Basel-Stadt machen die Kulturausgaben mit 172 Millionen Franken pro Jahr 3,79 Prozent des Staatsaufwands aus, beim Kanton Aargau mit 62 Millionen 1,31 Prozent. Am tiefsten ist der Kulturanteil am Staatsaufwand im Kanton Schwyz mit 0,79 Prozent, was in absoluten Zahlen 9,5 Millionen Franken entspricht. *mts*



Jacqueline Fehr (SP)



Lagerhalle Kügeliloo in Zürich-Oerlikon: Hier werden die Bühnenbilder der jährlich rund 250 Aufführungen des Opernhauses gelagert.

Dominique Meienberg

Splitter & Späne

Ein ewiges Thema im Kantonsrat sind der Lärmpegel und die mangelnde Aufmerksamkeit. Gestern traf es **Moritz Spillmann** (SP), als er den Kommissionsstandpunkt zur Sanierung des Opernhaus-Lagers präsentierte. Ratspräsident **Rolf Steiner** (SP) bemühte sich um mehr Ruhe mit dem Hinweis: «Kommissionssprecher sind nicht als Opernsänger ausgebildet.»

Ein oft gehörter Vorwurf ist jener der **Blauäugigkeit**. Gestern traf es Regierungsrätin **Jacqueline Fehr** wegen ihrer Äusserung, islamische Gemeinschaften als Religionsgemeinschaften anerkennen zu wollen, gleich mehrfach. Einen Angriff parierte – quasi stellvertretend – Kirchenratspräsident **Michel Müller** wie folgt: «Wenn ich künftig blauäugig durch die Welt gehe, kann ich das nicht ändern. Ich bin so auf die Welt gekommen.» *pag*

Debatte um Einfluss von Hasspredigern

KANTONS RAT Ist der Staat gewappnet im Kampf gegen Radikalismus? Die Regierung sagt Ja. Im Parlament sehen es nicht alle gleich rosig.

Hasspredigten und andere Vorgänge in der Winterthurer An'Nur-Moschee wurden gestern zum Thema im Kantonsparlament. Kontrovers diskutierten Politiker die Antwort des Regierungsrats auf eine Interpellation. Diese hatten Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Martin Haab (SVP, Mettmenstetten) und Erich Vontobel (EDU, Bubikon) eingebracht.

Zweifeln an der Antwort

Sie wollten unter anderem wissen, ob die zur Verfügung stehenden Mittel genügen, um illegale Aktivitäten im Umfeld religiöser Gruppierungen zu bekämpfen. Der Regierungsrat bejaht dies und verweist unter anderem auf gesetzliche Grundlagen im Strafgesetzbuch und im Ausländergesetz.

Interpellant Marcel Lenggenhager meldete gestern Zweifel an. Er fragte sich, wie die Ereignisse in Winterthur trotz eines genügenden Instrumentariums möglich gewesen seien. Und weshalb ein Imam in Zürcher Gefängnissen Propagandamaterial verteilen konnte. Er machte gleichzeitig klar, dass er nichts davon hält, islamische Religionsgemeinschaften anzuerkennen, wie es Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) im Sinne der Prävention vorgeschlagen hatte. «Das ist nicht Prävention, sondern Blauäugigkeit.» Das sei ein «mehr als gefährlicher Weg», doppelte Martin Haab nach. Im Übrigen begrüsst der SVPLer das Eingreifen der Staatsanwaltschaft in Winterthur. Auch wenn es spät dazu gekommen sei.

Abwehr hat Grenzen

Eine erste positive Rückmeldung auf seine Interpellationsantwort erhielt der Regierungsrat von Beat Bloch (CSP, Zürich). Bei allen vorhandenen Mitteln lasse

sich nicht verhindern, dass jemand zu Gewalt aufrufe oder Hasspredigten halte. Bloch bezeichnete Winterthur im Gegensatz zu seinen Vorrednern als positives Beispiel: «Es hat gezeigt, dass das Abwehrinstrumentarium effizient eingesetzt wird.»

Diese Meinung teilte Daniel Frei (SP, Niederhasli). «Wir dürfen die Gefahren nicht verniedlichen, aber auch nicht jenen auf den Leim gehen, die Angst schüren wollen», sagte er zudem.

Um den Radikalismus zu bekämpfen, brauche es Prävention, Repression, Intervention und Integration. Dafür seien die Behörden gut aufgestellt. Unter dem Titel Radikalismusbekämpfung sei es – so Frei – langsam an der Zeit, über die Anerkennung von islamischen Religionsgemeinschaften zu reden.

Grundsätzlich war das Votum von Daniel Schwab (FDP, Zürich). Er betonte, wie wichtig den Frei-sinnigen die Sicherheitsfrage sei. Die Regierung zeige in ihrer

Interpellationsantwort fein säuberlich auf, wie die Sicherheit zu gewährleisten sei.

Agieren statt reagieren

Nicht gar so positiv sahen es weitere Votanten. Vor dem Hintergrund der Presseberichte bezweifelte EDU-Kantonsrat Vontobel, «dass die Regierung alles so im Griff hat, wie sie uns weismachen will». Für CVP-Kantonsrat Jean-Philippe Pinto (Volketswil) ist die Antwort des Regierungsrats «minimalistisch und enttäuschend». Mit dem grössten Teil der 450 000 Muslime in der Schweiz funktioniere das Zusammenleben. Es bestünden aber Probleme mit radikalen Imamen. Pinto warf den Behörden vor, sie würden bloss reagieren statt agieren. «Es braucht dringend strengere Kontrollen», sagte er.

Auch Nik Gugger (EVP, Winterthur) ortete Handlungsbedarf: «Der Radikalisierung muss mit Repression und guter Ausbildung für die Imame begegnet werden.»

Jörg Mäder (GLP, Opfikon) brach eine Lanze für den Dialog – auch über die Religion. «Erst wenn der Dialog nicht mehr funktioniert, müssen wir das Strafgesetzbuch hervorholen.»

Gesetze setzen Grenzen

Abschliessend hielt Regierungsrätin Fehr fest: «Radikalismus hat in einer liberalen Gesellschaft und einer liberalen Rechtsordnung keinen Platz.» Was jemand denke, sei Privatsache, die Freiheit des Handelns aber sei durch Gesetze limitiert. In einem Rechtsstaat würden ebendiese Gesetze die Grenzen setzen und nicht die Willkür einer politischen Debatte.

Zu Spekulationen um die Ermittlungstätigkeiten sagte Fehr: «Ich kann Ihnen versichern, es passiert wesentlich mehr, als wir alle sehen.» Nachrichtendienstliche und strafrechtliche Ermittlungen hätten es an sich, dass sie im Geheimen stattfänden, nicht in der Öffentlichkeit. *Patrick Gut*